

MOBILITÄT

Volle Fahrt voraus für Radentscheid

Vor kurzem startete der Radentscheid Kassel. Wir haben mit Maik Bock, einem der Initiatoren gesprochen.

Um was geht es beim Radentscheid?

Es sind die großen Schlagwörter: komfortabel, sicher und schnell. Wir wollen darauf hinwirken, dass der Radverkehr sicherer wird. Als Radfahrer*in muss man entweder auf der Straße fahren und stört die Autofahrer*innen, oder weicht aus Angst auf die Fußwege aus und schiebt dann die Fußgänger*innen auf die Seite. Diese Verkehrskonflikte wollen wir durch eine gute Infrastruktur vermeiden.

Wie funktioniert ein Radentscheid?

Laut Hessischer Gemeindeordnung benötigt man für ein Bürgerbegehren 4650 Unterschriften. Dies wird der Stadtverordnetenversammlung vorgelegt, die sich entweder dafür entscheidet die Ziele umzusetzen oder sie verweigert das. Dann kommt es zum Bürgerentscheid, im besten Fall im Mai nächsten Jahres in Zusammenhang mit der Europawahl. Wir sammeln jetzt also erstmal die Unterschriften. Die müssen formal korrekt sein, also von Menschen gezeichnet, die hier wahlberechtigt sind. Gleichzeitig wollen wir Sprachrohr sein für alle Gruppen, auch wenn ihre Unterschrift nicht zählt, wie etwa von Student*innen,

die hier nicht gemeldet sind, Einpendler aus Baunatal und Vellmar, Kinder oder 16-jährige. Deswegen streben wir 15.000 Unterschriften bis Mitte Oktober an. Wir haben gemerkt, dass es ein großes Verlangen in der Stadt gibt und viele gesagt haben: Endlich geht's los, endlich kümmert sich mal jemand. Das ist eine gute Motivation.

Warum habt ihr euch für dieses Mittel entschieden?

Das kam viel durch die Lerneffekte aus anderen Städten. In Berlin hat der Radentscheid deutlich zu dem Mobilitätsgesetz beigetragen. Wir wollten dieses Mittel aufgreifen, weil es auch rechtlich bindend ist, auch wenn die Politik es nicht wollen sollte. Ich finde es wichtig, dass man als Bürger*in mitbestimmen, unterschreiben und dann auch wählen kann.

Wie seid ihr auf die Ziele gekommen?

Die Entstehung der konkreten Ziele war nicht immer einfach. Wir hatten lange Nachtschichten mit Studierenden aus der Stadtplanung, einem Lehrenden mit Schwerpunkt Rad- und Fußverkehr, Eltern, Senioren und auch Menschen, die sich bisher nicht trauen, Rad zu fahren. Eine Anwältin hat geprüft, ob alles in der Trägerschaft der Stadt Kassel liegt und zum Glück hatten wir Leute, die gegenrechnen konnten, ob die Kostenschätzung stimmt. Wir haben nun acht konkrete Ziele für eine kontinuierliche Führung des Radverkehrs, Haupt- und Nebenrouten, für Kreuzungen und im Umfeld von Schulen.

Vielen Dank für das Gespräch und viel Erfolg!

Deswegen jetzt unterschreiben und über Aktionen informieren unter:

www.radentscheid-kassel.de

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit



Bis zum 15. Oktober unterschreiben für ein radfreundlicheres Kassel

NORDSTADT

Schluss mit dem Scheiß: Toiletten jetzt!

Zweimal schon hat der Ortsbeirat Nord (Holland) Gelder für die Errichtung einer Toilettenanlage am Nordstadtpark bei den Haushaltsverhandlungen in den vergangenen Jahren beantragt.

Beide Male wurde der Antrag mit Verweis auf die angeblich zu hohen Kosten für Errichtung und Unterhaltung abgelehnt, auch nachdem ihn die Kasseler Linke im Stadtparlament neu gestellt hatte.

Nun reicht es. Denn der Bedarf ist groß: Durch die sanierungsbedingte Schließung des Kulturzentrums Schlachthof gibt es nun außer den Kneipen in der Gottschalkstraße keinen Ort mehr für Nutzer*innen des Nordstadtparks, um ihr Bedürfnis zu verrichten – und auch die Kneipiers reagieren auf externe Toilettenbesucher*innen nicht gerade

begeistert. Vor allem im Sommer, wenn der Park rege genutzt wird, ist das ein ernstes Problem. In der Goetheanlage im Vorderen Westen existiert seit langem eine Toilettenanlage, dafür scheinen die Mittel durchaus zu reichen. Und auch die insgesamt 120.000 Euro städtische Zuschüsse für die Sanierung des Golfclubs Wilhelmshöhe im letzten und in diesem Jahr scheint die Stadt ohne größere Probleme lockermachen zu können. Das Argument leerer Kassen zieht also nicht mehr.

Deshalb hat der Ortsverband der LINKEN in der Nordstadt im Frühjahr beschlossen, mit einer Unterschriftenkampagne den Druck zu erhöhen. Wir wollen deutlich machen, dass auch die Bewohner*innen der Nordstadt sich für ihre Anliegen einsetzen und dass wir das gleiche Recht auf ein lebenswertes Umfeld haben wie die Menschen in den

wohlhabenderen Stadtteilen. Das gilt für die großen Fragen, wie die Lärm- und Feinstaubbelastung an der Holländischen Straße, aber auch für die vermeintlich kleinen Dinge des Alltags, wie die Aufenthaltsqualität im Nordstadtpark.

Aktiv werden!

Dafür brauchen wir Eure Hilfe. Unterstützt die Forderung des Ortsverbandes DIE LINKE Kassel-Nord zur Errichtung einer Toilettenanlage im Nordstadtpark aus städtischen Mitteln. Beteiligt Euch an der Unterschriftensammlung oder sammelt selber in Eurem Umfeld. Unterschriftenlisten sind auf der Website des LINKEN-Kreisverbands Kassel-Stadt zum Herunterladen verfügbar. Ausgefüllte Unterschriftenlisten können an DIE LINKE Kassel-Nord, Schillerstr. 21, 34117 Kassel geschickt oder direkt vorbeigebracht werden. **Lutz Getzschmann**



Reges Treiben im Nordstadtpark. Das „Geschäft“ muss leider viel zu häufig in der nahegelegenen Ahne verrichtet werden

KULTUR

Obelisk - Should he stay or should he go?

Die letzte documenta ist schon lange vorbei, ein Kunstwerk steht noch: der Obelisk. Und die Diskussionen um dessen Zukunft nehmen kein Ende.

Dabei könnte es so einfach sein: die Kasseler Bürger*innen haben für den Ankauf gespendet und auch wenn nicht so viel Geld zusammenkam, wie der Künstler forderte, willigte er dem Ankauf für die zusammengekommene Summe zu. Doch das ist nur ein Teil des Problems, es folgt die Standortfrage. Zwar hat die Kasseler Stadtverordnetenversammlung im Juni beschlossen, dass der Obelisk angekauft werden soll, jedoch soll er nicht weiterhin auf dem Königsplatz stehen.

Aber wo soll er hin? Der Vorschlag der Dezernenten lautet, ihn vor das documenta-Institut zu stellen. Das existiert aber noch gar nicht. Es ist nicht mal in Planung. Also was passiert so lange, bis es ein solches Institut geben wird. Die Entscheidung darüber sollte eigentlich noch im Juni fallen, ein Gespräch

zwischen dem Künstler Olu Oguibe und dem Oberbürgermeister Christian Geselle blieb Anfang August ergebnislos. Also ist alles noch offen?

Das Argument von Seiten der Stadt scheint fadenscheinig, dass der Obelisk am Königsplatz wegmüsse um für die nächste documenta Platz zu schaffen. Es klingt vielmehr mehr so als würden sie den Gegnern des Obelisk entgegenkommen wollen. Diese versammeln sich im Umfeld der Rechtspopulisten rund um die AfD, die sich an der politischen Botschaft des Kunstwerkes stört. Das riecht schon nach Landtagswahlkampf. Wiederrum andere finden ihn subjektiv einfach nur hässlich auf dem Königsplatz. Die Zeiten in denen Kunst rein der Ästhetik diene, sind jedoch lange vorbei.

Der Obelisk von Olu Oguibe steht für aktuelle gesellschaftliche Fragen: den Umgang mit Flucht und Migration, der Bedeutung von öffentlichen Plätzen in der Stadt und ihrer Gestaltung. Er repräsentiert die letzte documenta wie kein an-

deres Kunstwerk und deswegen spaltet er die Stadtgesellschaft in diejenigen, die ihn an seinem Standort behalten wollen und diejenigen, die ihn am liebsten sofort abtransportieren lassen wollen. Ein Kunstwerk, welches einen solchen Diskurs (einschließlich wüster Beschimpfungen in der Kommentarspalte der regionalen Tageszeitung) aber auch große Solidaritätsbekundungen in der Stadtgesellschaft gleichermaßen hervorruft, wird scheinbar in Kassel gebraucht. Die Botschaft des Obelisk ist auch heute noch aktuell. Man denke nur an die Kriminalisierung der Seenotrettung, die bundesweit tausende von Menschen auf die Straße treibt.

Eine documenta-Stadt muss aber den Mut haben sich zu verändern und auch kontroverser Kunst den Raum geben, die sie braucht um nicht nur Wohlfühlerinnerungen an 100 Tage zu behalten. Sonst wäre es nicht die documenta. Die Kasseler Linke will den Obelisk am Königsplatz. Da wo er ist und wo er hingehört.

Stephanie Schury

ANTIFASCHISMUS

Sparkasse duldet Nazi-Vereinskonto

Die antifaschistische Rechercheplattform EXIF hat im Juli dieses Jahrs kurz vor Verkündung des Urteils im Münchner NSU-Prozess öffentlich gemacht, dass die Neonazi-Organisation „Combat 18“ ihr „Vereinskonto“ bei der Kasseler Sparkasse unterhält.

„Combat 18“ versteht sich als bewaffneter Arm des verbotenen Neonazi-Netzwerkes „Blood&Honour“ und wird zum engsten Unterstützerkreis des NSU gezählt. Das Konto wird von dem Kaufunger Neonazi Stanley R. geführt.

Die Kasseler Sparkasse schweigt dazu und hat das Konto bisher nicht aufgelöst. Es ist das Eine, als Sparkasse aus Unwissenheit ein solches Konto zu führen, das kann passieren. Es ist aber etwas ganz Anderes, nach Veröffentlichung der Hintergründe zu einem solchen Konto zu schweigen und es nicht sofort aufzulösen. Soll dem vielfältigen sogenannten Behördenversagen im Fall des NSU heu-

te das Bankversagen in Kassel bei den finanziellen Strukturen folgen? Wollen wir Teil von einem neuerlichen Wegsehen, Ignorieren, Beschweigen sein, das den Rechtsterrorismus des NSU begleitet und möglich gemacht hat?

In der Satzung der Kasseler Sparkasse heißt es „Sie (die Sparkasse) fördert die kommunalen Belange insbesondere im wirtschaftlichen, regionalpolitischen, sozialen und kulturellen Bereich.“ Die Kasseler Linke meint: es kann niemals die kommunale Aufgabe einer öffentlichen Sparkasse sein, durch die Bereitstellung finanzieller logistischer Strukturen neonazistische Aktivitäten zu fördern. Hier gibt es nichts zu lavieren, hier reichen wachsweiße Erklärungen nicht, hier muss es eine klare Kante geben.

Die Kasseler Linke fordert, dass die Kasseler Sparkasse sich öffentlich erklärt und dieses Konto sofort auflöst.

Gerald Warnke



Antifaschistisches Graffiti in der Nordstadt

STÄDTISCHE GESELLSCHAFTEN

Kommunale Tarifflicht: Bittere Bilanz

Seit gut zwanzig Jahren erleben wir in Deutschland zunehmend das Auslagern - auch als Outsourcing bekannt - öffentlicher Daseinsfürsorge und anderer kommunaler Dienstleistungen in privatwirtschaftliche Hände.

Das kapitalistische Mantra von der Kommune als Konzern, zeigt ihre Wirkung. Dabei geht es längst nicht mehr um das sogenannte „Public Private Partnership“-Modell, wonach die Kommunen öffentliche Aufgaben, Gebäude und Liegenschaften privatisieren und danach insofern nicht mehr Herr des Geschehens sind. Eine weitaus unbekanntere aber nicht minder problematische Spielart ist die Gründung von kommunalen aber betriebswirtschaftlich eigenständigen GmbHs. Kommunen gründen eine GmbH und statten diese mit einem Stammkapital aus. Dieses Modell ist in Kassel leider vermehrt zu beobachten.

Beispiel JAFKA

Die JAFKA ist eine sogenannte „Gemeinnützige Gesellschaft für Aus- und Fortbildung mbH“. Zu ihren Aufgaben gehören u.a. die Berufsorientierung, Berufsvor-

bereitung und Ausbildung von sozial benachteiligten jungen Menschen in Kassel. Die Stadt Kassel ist zu 100 Prozent Eigentümerin der JAFKA und hält bis dato ein Stammkapital von 1,1 Millionen Euro. Die Beschäftigten unterliegen allerdings nicht dem Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes (TVöD), sondern müssen sich mit einem eigens für sie geschaffenen Haustarifvertrag zufriedengeben. In diesem verdienen sie aktuell 15 Prozent weniger als ihre städtischen Kolleg*innen, die sich im TVöD befinden. Dies stellt schlicht und ergreifend den Tatbestand der Tarifflicht aus dem Flächentarifvertrag für kommunale Beschäftigte dar. Die Stadt Kassel spart überdies nicht nur an den Gehaltsstrukturen, sie muss auch für die Beschäftigten keine Beiträge an die Zusatzversorgungskasse oder für ein Jobticket bezahlen.

Hinzu kommen Einschränkungen bei innerbetrieblichen sozialen Standards. Beleg hierfür sind die Zahlen über die durchschnittlich hohe Fluktuation und Krankheitsrate der Mitarbeiter*innen bei JAFKA, welche aus dem letzten Beteiligungsbericht der Stadt Kassel hervorgingen.

Die neueste Errungenschaft soll nach dem Willen des Oberbürgermeisters Christian Geselle und seiner hauptamtlichen Dezernent*innen die Gründung einer GWG Projektentwicklung GmbH sein.

Hier tritt die ehemals gemeinnützige städtische Wohnungsbaugesellschaft als alleiniger Gesellschafter auf. Diese Projektgesellschaft soll für die Bereitstellung und Bewirtschaftung von städtischen Gebäuden zuständig sein und darüber hinaus städtische Bauvorhaben realisieren. Diese Aufgaben nimmt bis dato das Hochbauamt der Stadt Kassel wahr. Die GWG unterliegt auch nicht dem TVöD. Statt für bezahlbaren und sozialen Wohnungsbau in Kassel zu sorgen, möchte sich die GWG ganz offensichtlich mit Hilfe des Magistrats auf einer vermeintlich lukrativeren Spielwiese tummeln.

Die Kasseler LINKE setzt sich weiterhin gegen die Privatisierung von öffentlicher Daseinsfürsorge ein und tritt gegen den Abbau von demokratischen Rechten ein, die mit der Auslagerung kommunaler Kernaufgaben parallel einhergehen.

Mirko Düsterdieck



Die Wertschätzung städtischer Beschäftigter ist nötig und möglich: Gesehen in Neuss, NRW

LANDTAGSWAHL HESSEN

Unsere Kandidat*innen für Kassel

Am 28. Oktober sind die Hessinnen und Hessen zur Wahl des Landtages aufgerufen. DIE LINKE. Hessen stellt den Kampf für soziale Gerechtigkeit in den Mittelpunkt ihres Programmes.

DIE LINKE steht solidarisch an der Seite von Beschäftigten, die für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne, Mitbestimmung oder den Erhalt ihrer Arbeitsplätze streiten. Wir wollen ein Bildungssystem, in dem der Erfolg in der Schule nicht von der Bildung und dem Einkommen der Eltern abhängt. Wir kämpfen für bezahlbaren Wohnraum für

alle Menschen. Um die drohende Klimakatastrophe abzuwenden, wollen wir eine Verkehrswende mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs im Zentrum. Und wir wollen die Reichen und Vermögenden höher besteuern, um sie an der Finanzierung des Gemeinwesens zu beteiligen.

Unsere entscheidende Aufgabe ist, durch ein gutes Ergebnis bei der Landtagswahl diese Position auszubauen. Damit stärken wir linke Bewegungen und setzen ein klares Zeichen gegen gesellschaftliche Verrohung und Rechtsentwicklung.

MEHR FÜR DIE MEHRHEIT!

DIE LINKE.



Torsten Felstehausen, Technologieberater und Bildungsreferent im ver.di-Bildungswerk Hessen, 53 Jahre. Kandidiert im Wahlkreis Kassel I (West)

Kriegseinsätze, Bankenrettung, Hartz IV, Schuldenbremse, Rentenkürzung: die Liste der politischen Entscheidungen, die uns als „alternativlos“ dargestellt wurden, lässt sich beliebig fortsetzen. Und alle diese „alternativlosen“ Entscheidungen haben das Leben vieler in diesem Land verschlechtert. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Menschen, die jährlich über eine Million Euro nach Steuern verdienen allein in Kassel um 50 Prozent.

Während die einen mit ihrem Reichtum in Steueroasen feiern, reicht das Geld für die anderen nicht mehr bis zum Ende des Monats. Als Ergebnis haben wir in Kassel immer mehr Bezieher*innen von Hartz IV, Menschen die Pfandflaschen sammeln und die Hilfe der Tafeln annehmen müssen.

Diese Ungleichheit ist kein Naturgesetz.

Sie ist das gewollte Ergebnis einer neoliberalen Politik, an der sich CDU, SPD, FDP und Grüne in unterschiedlichen Koalitionen beteiligt haben.

Als Mitglied der LINKEN stehe ich für eine klare Absage an so eine Politik. Die soziale Absicherung ist ein wesentlicher Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Ein Leben in Würde ist für alle möglich.

Öffentlicher Nahverkehr, Krankenhäuser, Bildung und Pflege sind keine beliebigen Waren die profitabel sein müssen. Sie gehören zu allgemeinen Daseinsvorsorge – für uns alle.

Wir müssen dieses Land gemeinsam verändern. Wir brauchen mehr für die Mehrheit und nicht noch mehr für die wenigen. Daher stehe ich, dafür werde ich mich einsetzen.



Violetta Bock, Politikwissenschaftlerin und Angestellte, 30 Jahre. Kandidiert im Wahlkreis Kassel II (Ost)

Klimawandel, krank oder arm durch Arbeit und Hartz 4, Rüstungsboom, Ausbau des Polizeistaats, rechte Hetze: der Kapitalismus ist nicht das Ende der Geschichte, sondern führt für zu viele zum frühen Ende. Es liegt an uns für eine bessere Gesellschaft aufzustehen.

Deswegen engagiere ich mich in meinem Stadtteil Rothenditmold; unterstütze Menschen die mit Entmietungen konfrontiert sind; bin in der Initiative „Nahverkehr für alle“ – für einen ausgebauten und kostenfreien Nahverkehr; und seit zwei Jahren Stadtverordnete im Kasseler Rathaus. Ich bin in der LINKEN, weil für die LINKE „sozial“ mit Menschlichkeit und Würde verknüpft ist und nicht wie bei der SPD mit Armut und Hartz IV, sie opfert nicht wie die Grünen die Frage der Umwelt den Interessen von

Großunternehmen, nur um an der Regierung zu sein. Sie greift nicht wie die CDU die Hetze der AfD auf, um von den bröckelnden Schulen, fehlenden Pflegekräften und der steigenden Ungleichheit abzulenken. Sie tritt nicht wie die AfD nach unten, sondern nimmt es mit den Mächtigen auf, um tatsächlich etwas zu verändern.

Mit meiner Direktkandidatur möchte ich Menschen bestärken aktiv zu werden, Initiativen fördern und die Möglichkeit geben, ein klares Signal für einen Linksruck zu setzen.

- Für Seebrücken statt mehr Seehofers!
- Für transparente Politik statt gläserne Bürger!
- Für bezahlbaren Wohnraum statt Profit für Investoren!
- Bleiberecht für alle statt Steuerflucht für wenige!

KURDISCHE BEWEGUNG

Repression gegen YPG-Fahnen in Kassel

Als im Frühjahr 2018 die türkische Regierung mit Hilfe islamistischer Milizen in den Norden Syriens einmarschierte und diesen bis heute besetzt hält, blieb die Empörung der deutschen Bundesregierung erwartungsgemäß aus.

Während die russische Annexion der Krim hart sanktioniert wurde, muss die Türkei dies von ihrem treuen NATO-Partner nicht befürchten. Im Gegenteil: Die deutsche Polizei kriminalisiert zunehmend Kurd*innen und alle, die sich mit der kurdischen Freiheitsbewegung so-

lidarisieren. Diejenigen, die sich nicht mit der Diktatur, dem Ausnahmezustand und den Massakern in der Türkei und ihrer Außenpolitik abfinden wollen, sollen mundtot gemacht werden.

So verordnete das Bundesinnenministerium (BMI) im März 2017 das Verbot verschiedener Symbole, u.a. Symbole der nordsyrischen, kurdischen Selbstverteidigungseinheiten YPG, der Frauen-selbstverteidigungseinheiten YPJ, sowie das Logo des kurdischen Studierendenverbandes YXK in Deutschland. Dadurch legitimiert zieht auch die Repression in Kassel an. Hier einige exemplarische

Vorfälle seit Anfang 2018:

- Die große Afrin-Solidaritätsdemonstration im Februar wurde großzügig gefilmt, um deswegen Tage danach Personen in der Innenstadt abzufangen und ihre Personalien festzustellen.
- Während des „Ostermarsches“ wurden die Personalien von Personen wegen des Zeigens YPG-Flaggen aufgenommen.
- Die 1. Mai-Demo wurde wegen zwei YPG-Flaggen angehalten und die Anmelderin zur Auflösung genötigt.
- Während des Festes zum 200. Geburtstag von Karl Marx wurden durch die Polizei zwei YPG-Wimpel bei der Linkspartei beschlagnahmt. Das Verfahren musste kurz darauf dank des offensivem Umgangs der Betroffenen eingestellt werden.

Die deutsche Polizei macht sich durch die Einschüchterung politischer Aktivist*innen damit zur willfährigen Handlangerin der türkischen Regierung. Wenn ihr Probleme mit der Polizei oder Justiz habt, sind wir für euch da! Kontaktieren könnt ihr uns unter:

kassel@rote-hilfe.de



Beschlagnahmung von YPG/YPJ-Wimpel am LINKE-Stand

DIE LINKE

Neuer Ortsverband „West“ gegründet

Mitte Juni hat sich der Ortsverband Kassel-West der Partei DIE LINKE mit dem Ziel gegründet, in den Stadtteilen Mitte, Vorderer Westen, Wehlheiden und der Südstadt politisch präsent und vor Ort aktiv zu werden.

Schwerpunkt der Aktivitäten wird in den nächsten Monaten natürlich der Wahlkampf für die Landtagswahl am 28. Oktober sein. Langfristig sollen mit einer konsequenten Politik von links Antworten auf die dringenden Probleme der Menschen in den Stadtteilen entwickelt werden. An Themen mangelt es nicht: bezahlbarer Wohnraum, der bauliche Zustand von Schulen anderen öffentlichen Einrichtungen oder die Entwicklung nachhaltiger Mobilitätskonzepte seien genannt. Der Ortsverband wird sich regelmäßig treffen, die Termine sind auf der Homepage der LINKE Kassel-Stadt zu finden. Interessierte sind herzlich willkommen, mit uns regelmäßig in Austausch zu kommen, eigene Ideen einzubringen und gemeinsame Aktionen zu planen.

Manuel Brauner



Protest des Aktionsbündnisses gegen Entmietung im Vorderen Westen

SICHERHEIT

Videoüberwachung in der Königsstraße

Nach den Umbaumaßnahmen in der Königsstraße will die Stadt Kassel die Videoüberwachung auf der gesamten Strecke vom Stern bis zum Rathaus ausweiten. Drei Videokameras sind bereits im Bereich der Unteren Königsstraße (Bereich Am Stern) installiert.

Durch den verstärkten Ausbau der Videoüberwachung soll laut dem Oberbürgermeister Christian Geselle in der Kasseler Innenstadt mehr Sicherheit erzielt werden und den Menschen ein besseres Sicherheitsgefühl gegeben werden. Laut der Antwort auf unsere Anfrage vom 23. November 2017 liegt der Stadt Kassel aber keine Anhaltspunkte einer konkreten Gefahrenlage in der Königsstraße vor. Auch ist die Königsstraße kein Kriminalitätsschwerpunkt. Dennoch besteht die Stadt darauf, dass die Kameras in der Königsstraße installiert werden und nimmt damit in Kauf, dass mit der Videoüberwachung in das Grund- und Freiheitsrecht der informellen Selbstbestimmung der Menschen eingegriffen wird.

Für den Ausbau der Videoüberwachung wurde im Haushalt 2017 bereits ganze 210.000 Euro versehen. Gerade die Videoüberwachung im Bereich Am Stern in der Unteren Königsstraße zeigt, dass Straftaten durch kostenträchtige Videoüberwachung nicht verhindert werden. Straftaten finden dennoch statt und verlagern die Kriminalität in andere Straßen, die nicht videoüberwacht werden.



Ausweitung von Videoüberwachung im öffentlichen Raum: Finanzamt am Altmarkt

Für uns ist klar: Sicherheitsproblematiken sind nicht vom sozialen Kontext zu trennen! Kriminalität kann deswegen langfristig nur mit sozialen Maßnahmen und städtebaulichen Konzepten gelöst werden, statt lediglich die gefühlte Sicherheit der Menschen erhöhen zu wol-

len und sich durch einfache Lösungen als Beschützer anzudienen. Durch die subjektiven Sicherheitsgefühle einiger, sollte nicht die Gefahr in Kauf genommen werden, in die Grund- und Freiheitsrechte aller Menschen einzugreifen!

Ilker Sengül

MILITARISIERUNG

Widerstand gegen Bundeswehr-Tram

Seit Juni 2018 wirbt das deutsche Militär großflächig auf einer KVG-Tram (meist der Linie 4 oder 8) für den Dienst an der Waffe. Mitte Juli gab es dagegen eine erste Aktion.

Der Sensenmann persönlich ließ sich diese Chance nicht entgehen und fuhr eine Runde mit. Dabei warb er bei den Mitfahrenden dafür, sich als Soldat*innen ausbilden zu lassen. Durch die vielen Auslandseinsätze der Bundeswehr könne er schließlich auf eine reiche Ernte hoffen. Die satirische Aktion wurde von der ‚Deutschen Friedensgesellschaft‘ und weiteren Friedensaktivist*innen durchgeführt.



RATGEBER

Neuer Sozialkompass erhältlich

Die 9. aktualisierte Auflage des Kasseler Kultur- und Sozialkompasses der Kasseler Linken verweist auf kostenlose und kostengünstige Kultur- und Verpflegungsangebote, sowie auf Anlaufstellen bei konkreten Problemen.

Die Nachfrage nach dem Sozialkompass verdeutlicht, wie groß der Bedarf an Angeboten im sozialen und kulturellen Be-

reich bei Menschen mit wenig Geld ist. Angesichts der zunehmenden Ungleichheit, Alters- und Kinderarmut sind leider immer mehr Menschen auf solche Hilfsangebote angewiesen

Die Kasseler Linke sieht die Herausgabe des Sozialkompasses als die logische Ergänzung zu ihrem sozialpolitischen Engagement für die Bürger*innen der Stadt Kassel. In der neuen Ausgabe sind zahl-

reiche Angebote hinzugekommen. Viele Beratungsstellen, Zentren und Projekte verteilen inzwischen den Kompass.

Der Obelisk wurde bewusst als Titelbild gewählt. Er verkörpert die Botschaft, dass jeder Mensch in unserer Stadt ein Zuhause finden soll und auf der Titelseite garantieren wir auch dem Obelisk zumindest für das kommende Jahr den Platz in der Mitte unserer Stadt.

TERMINE

regelmäßige Angebote

Jeden Dienstag (nicht an Feiertagen) 14 - 15:30 Uhr Hartz-IV-Beratung mit der Anwältin für Sozialrecht Frau Kathrin Fuchs im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21 Kassel

Jeden Mittwoch trifft sich die Linksjugend [´solid] Kassel-Stadt ab 18 Uhr im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21

Jeden Donnerstag (nicht an Feiertagen und in den Ferien) 14-16 Uhr BürgerInnensprechstunde im Fraktionsbüro W25

Jeden Freitag von 13:30 bis 15:30 Uhr Flüchtlingsprechstunde im Büro DIE LINKE, Schillerstraße 21

Termine & Veranstaltungen

1. Sep. um 16 Uhr: „Antikriegstag“ am Friedrichsplatz

22. Sep. um 9 Uhr: Demo „Bildung braucht bessere Bedingungen“ am Hauptbahnhof

Am 28. Oktober ist Landtagswahl in Hessen. DIE LINKE wird im September und Oktober an allen Werktagen von 14-17 Uhr einen Infotisch am Opernplatz machen. Kommen Sie uns besuchen und sprechen Sie uns an!

Aktuelle Termine unter www.kasseler-linke.de/termine

sozial kompass

Alternativer Stadtführer für den kleinen Geldbeutel

Kasseler Kultur- und Sozialkompass
9. aktualisierte Auflage



Mit diesem Leitfaden soll die Teilhabe am kulturellen, sozialen und politischen Leben dieser Stadt auch für Menschen mit wenig Geld unterstützt werden. Hier finden sich Tipps zu den Themen Essen und Einkaufen, Beratung und Hilfe, Freizeit, Bildung und vieles mehr. Vielleicht kann diese Broschüre dabei behilflich sein, aufzutanken, Rat zu erhalten oder einfach einmal abzuschalten, um an anderer Stelle Kraft für Auseinandersetzungen und ein gemeinsames Engagement gegen Sozialabbau und soziale Kälte zu haben.

KASSELER LINKE
Kasseler Linke für Arbeit und soziale Gerechtigkeit

Impressum linKS zeitung

Herausgeber: Kasseler Linke

Schillerstr. 21, 34117 Kassel

Tel 0561/9201503

E-Mail kontakt@kasseler-linke.de

www.kasseler-linke.de

V.i.S.d.P.: Lutz Getzschmann

Redaktion: Jens Meyer

Druck: Grafische Werkstatt von 1980, Kassel

Auflage: 10.000

**+ DIE +
LINKSZEITUNG**

Die Linkszeitung www.linkszeitung.de ist eine Online-Zeitung im Internet. Sie berichtet seit Jahren über ein weites Themenspektrum und charakterisiert sich selber als frei, sozial und konsequent kritisch. Sie hat freundlicherweise unserer lokal erscheinenden Zeitung der Kasseler Linke erlaubt, den Namen weiter zu verwenden.